werkskammer Wiesbaden, Stefan Füll, sprach von einem „wichtigen Signal für die Anerkennung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung“. dpa/Bild: Imago

Frankfurter Rundschau Hessen
Mittwoch der 9 juli 2025

Langer Weg zum Schutz vor dem Wolf

Hessen will Abschüsse erleichtern / Schafhalter warten mitunter zwei Jahre lang auf Fördergeld

VON JUTTA RIPPEGATHER

In Hessen ist der Wolf wieder auf dem Rückzug. Nur noch drei Territorien mit vier Wölfen wurden im aktuellen Wolfsjahr registriert, das von Mai bis Mai geht. Der bisherige Höchststand war 2022/2023 erreicht – da gab es sieben Territorien mit drei Rudeln und vier Einzeltieren.

Ungeachtet der Faktenlage sieht Landwirtschaftsminister Ingmar Jung (CDU) die Zeit gekommen, den strengen Schutz aufzuheben. Hessen, Bayern, Sachsen und Berlin fordern den Bund auf, für Deutschland einen „günstigen Erhaltungszustand“ beim Wolf im Zuge der anstehenden FFH-Berichterstattung an die EU zu melden, mit dem Ziel, Abschüsse zu erleichtern. „Der Wolf hat in Deutschland einen günstigen Erhaltungszustand erreicht“, meint Jung. „Das muss endlich auch politisch Konsequenzen haben. Das dringend notwendige und im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankerte Bestandsmanagement muss jetzt umgesetzt werden.“

Debatte vergrößert die Kluft Stadt-Land

Die Naturschutzverbände sind entsetzt. „Eine rein politische Forderung“, konstatiert Thomas Norgall vom BUND Hessen. Die wissenschaftlichen Daten würden einfach ignoriert. Er fragt sich, warum gerade diese vier Bundesländer vorpreschten. Einzig Sachsen verzeichne eine nennenswerte Population. „In Berlin gibt es keinen einzigen sesshaften Wolf.“ Der Naturschutzbund (Nabu) nennt es „Realitätsklitterung“. Landesgeschäftsführer Mark Harthun: „Bei aktuell nur einer einzigen Wolfsfamilie in ganz Hessen von einem guten Erhaltungszustand zu sprechen, entbehrt jeder fachlichen Grundlage.“ Es gebe derzeit in Hessen nur etwa so viele nachgewiesene Wölfe wie Minister. Entscheidungen über den Abschuss einer geschützten Tierart müssten faktenbasiert getroffen werden, nicht aus eventuell populistischen Motiven heraus.

Die Lage in Deutschland ist uneinheitlich, sagen die beiden Experten. Eine zunehmende Wolfspopulation im norddeutschen Tiefland dürfe nicht zum Abschuss der wenigen Wölfe im hessischen Mittelgebirge führen. Statt gegen den Wolf zu agieren, sollte das Land den Herdenschutz verbessern.

Es gebe gewaltigen Probleme bei der Auszahlung der Fördergelder für den Herdenschutz, berichtet Oliver Diehl der Frankfurter Rundschau. Er betreibt einen Naturlandbetrieb mit rund 450 Mutterschafen und 30 Ziegen im Kreis Waldeck-Frankenberg. Eine zweijährige Wartezeit zwischen Antrag und Überweisung sei keine Seltenheit. Erschwerend komme hinzu, dass sich die Betriebe auf fünf Jahre festlegen müssen bezüglich Zahl der Tiere und Größe der Flächen, was wegen der Abhängigkeit von der Witterung schwierig sei. Das werde auch kontrolliert. So manchen Kolleg:innen sei das zu viel Aufwand. Die Folge: „Es wird sehr viel Geld aus dem Herdenschutz nicht abgerufen“, sagt Diehl, Geschäftsführer des Landesverbands der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft. Er wünscht sich ein einfacheres Verfahren, etwa wie in Niedersachen.

Für den Schafhalter steht außer Frage, dass eine Koexistenz mit dem Wolf möglich und geboten ist. Mit großer Sorge verfolgt er die oft unsachliche Debatte. „Das hat die Kluft zwischen Stadt und Land vergrößert“, sagt er. „Die Landesregierung muss nicht noch Öl ins Feuer gießen.“